

Universalmuseum Joanneum Presse

Universalmuseum Joanneum
Mariahilferstraße 4, 8020 Graz, Austria
www.museum-joanneum.at

presse@museum-joanneum.at
Telefon +43-664/8017-9214; -13

1934

Preis und Wert der Demokratie

Museum für Geschichte, Sackstraße 16, 8010 Graz

Eröffnung: 06.02.2024, 19 Uhr

Laufzeit: 07.02.–26.05.2024

Kuratiert von Heimo Halbrainer und Helmut Konrad

In Kooperation mit CLIO – Verein für Geschichts- und Bildungsarbeit

www.museumfuergeschichte.at

Von der Errichtung der demokratischen Republik bis zum Bürgerkrieg und der Machtergreifung der Nationalsozialisten: Die Ausstellung *1934. Preis und Wert der Demokratie* führt durch entscheidende zeitgeschichtliche Momente in Graz und der Steiermark in den 1930er-Jahren. Sie zeigt die politische Radikalisierung, wirtschaftliche Krisen und Autoritarismus-Tendenzen, die bis heute relevant sind.

Im Februar 1934 herrscht auf Österreichs Straßen Bürgerkrieg. Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Einheiten der Gendarmerie, der Polizei, dem Bundesheer und den Heimwehren auf der einen und dem „Republikanischen Schutzbund“ auf der anderen Seite fordern mehrere Hundert Todesopfer. Die Ereignisse 1934 bilden ein zentrales Moment auf dem Weg von der Proklamation der Republik 1918 hin zum Ende der staatlichen Existenz Österreichs durch den Einmarsch deutscher Truppen im Jahr 1938. In der Ausstellung werden die Ereignisse dieser Zeit nachgezeichnet.

Den Ausgangspunkt der Schau, die sich in der Hofgalerie des Museums für Geschichte auf rund 135 m² erstreckt, bildet der Zerfall der Habsburgermonarchie und seine unmittelbaren Folgen: die Errichtung einer demokratischen Republik und die Schaffung eines demokratischen Staatswesens, der Wahlsieg der Sozialdemokratie bei den ersten Wahlen, die oft schmerzvolle Klärung der Grenzfragen u. a. in der Steiermark, die Etablierung sozialer Maßnahmen sowie die Formulierung einer neuen Verfassung.

Die zunehmende militärische Aufrüstung der parteinahen Organisationen im Verlauf der 1920er-Jahre wird in der Ausstellung mit Blick auf die Steiermark nachgezeichnet, wo es mit „Heimwehr“ und „Republikanischem Schutzbund“ zu einer politischen Radikalisierung und einer Ausbreitung der Gewalt als Mittel der Politik kommt. Ökonomische Krisen lassen den Staat noch instabiler werden und befördern in den 1930er-Jahren den Aufstieg der Nationalsozialisten in Deutschland und in Österreich, wo eine Abstimmungsperiode zu weitreichenden Konsequenzen führt: zur Ausschaltung von Parlament, Verfassungsgerichtshof und Pressefreiheit, zum Parteienverbot und zur Verfolgung der

politischen Gegner, zur Wiedereinführung der Todesstrafe und Verhängung des Standrechts, schließlich zum Bürgerkrieg und autoritären Ständestaat.

Die Ausstellung *1934. Preis und Wert der Demokratie* zeichnet den Weg hin zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten nach. Dementsprechend endet die Schau im räumlichen Übergang hin zur Ausstellung *Warum? Der Nationalsozialismus in der Steiermark* mit Ausführungen zur kurzen Existenz der Ständestaatdiktatur und der Machtübernahme der Nationalsozialisten.

Eben weil die Ausstellung auch als vielfach nachgefragter Vorspann zur NS-Ausstellung des Museums für Geschichte konzipiert wurde, lehnt sich die Gestaltung an diese an: So werden die einzelnen Kapitel mithilfe von Objekten und Texten, historischen Fotografien und Plakaten sowie Wochenschauberichten und in den 1980er-Jahren aufgezeichneten Zeitzeug*innen-Interviews aufbereitet. Immer wieder zentral sind dabei die konkreten Bezüge zu Graz und zur Steiermark.

Innerhalb und außerhalb Europas gewinnen heute autoritäre Tendenzen an Bedeutung, weil gewählte Staatsoberhäupter bzw. deren Parteien die Demokratie zum Zwecke des Machterhalts aushöhlen. Sie äußern sich u. a. in der Konzentration politischer Macht in den Händen weniger, im Zurückdrängen von Minderheitenrechten, in der Kontrolle und Steuerung von Medien und Justizwesen.

Ziel der Ausstellung ist es vor diesem Hintergrund auch, für die Wirkungsweisen und Mechanismen autoritärer Systeme zu sensibilisieren, den Blick zu schärfen für antidemokratische Erzählungen in der Gegenwart und das Bewusstsein für die Vorzüge von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu fördern.

Hier setzt auch das Vermittlungsprogramm für Schulen an, in dem die Inhalte der Ausstellung im Rahmen eines dreistündigen Workshops mit der Ausstellung *Warum? Der Nationalsozialismus in der Steiermark* kombiniert und altersgerecht aufbereitet werden. Für Erwachsene bietet das Team der Vermittlung regelmäßige Führungen an.

Veranstaltungshinweis

Im Kontext der Ausstellung werden zudem Vorträge und Lesungen stattfinden, weitgehend getragen von der Initiative „Zukunft braucht Erinnerung“, die für den ganzen Monat Februar ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm zum Thema „Österreich 1933/34“ zusammengestellt hat.

Als erste Veranstaltung findet **am 7. Februar das Symposium *Österreich 1933/34. Die Gefährdung der Demokratie und Menschenrecht einst und jetzt*** von 9 bis 16 Uhr im Museum für Geschichte statt.

Werk- und Ausstellungsansichten (J.J. Kucek) zum Download finden Sie unter: www.museum-joanneum.at/museum-fuer-geschichte/presse

Ein knapper historischer Abriss

Ein demokratischer Staat entsteht

Die militärische Niederlage der Habsburgermonarchie und der Zerfall des Reiches in eine ganze Reihe von Nachfolgestaaten ließen einen Reststaat entstehen – mit Versorgungsmängeln, Zweifeln und einer ungewissen politischen Zukunft.

Kaiser Karl wurde dazu gebracht, die politische Macht dem Parlament zu übertragen. Dort einigte man sich rasch darauf, dass der Staat in Hinkunft eine demokratische Republik sein sollte. Der gewünschte Anschluss des neuen „Deutschösterreich“ an ein demokratisches Deutschland wurde von den Siegermächten verwehrt.

Die ersten Wahlen brachten einen Sieg der Sozialdemokratie vor der Christlichsozialen Partei. Revolutionäre Regierungsformen im benachbarten Ausland schürten in Österreichs konservativer Reichshälfte Revolutionsfurcht. Soziale Zugeständnisse sollten die Massen beruhigen. So konnte Sozialminister Ferdinand Hanusch trotz der prekären ökonomischen Situation einen vorbildlichen Sozialstaat formen.

Die Grenzfragen wurden geklärt, oft schmerzvoll. Südtirol ging an Italien, Kärnten blieb ungeteilt, die Untersteiermark ging verloren, das Burgenland kam neu hinzu. Unter der Federführung von Hans Kelsen gab sich der Staat eine sehr tragfähige Verfassung.

Es war somit in den Jahren 1918 bis 1920 ein demokratisches Staatswesen geschaffen worden. Nur anderthalb Jahrzehnte später wurde es mit Gewalt zerschlagen. Aber praktisch alles, was damals geformt worden war, bildete nach dem Zweiten Weltkrieg das Fundament der Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik.

Kampf um Demokratie

Der Friedensvertrag von St. Germain legte nicht nur die neuen Grenzen Österreichs fest, sondern beschränkte auch das Heer mit einer Maximalstärke von 20.000 Mann. In der Folge gab es im Land genügend Waffen und arbeitslose Menschen, um das angestrebte Gewaltmonopol des Staates illusorisch zu machen: Heimatwehren verteidigten ihre Dörfer gegen Plünderer und schlossen sich später zur „Heimwehr“ zusammen. Junge Menschen verteidigten sozialdemokratische Veranstaltungen gegen Störungen und bildeten später den „Republikanischen Schutzbund“. Die beiden Organisationen übertrafen in der Mitgliederzahl das offizielle Heer um ein Vielfaches.

Gewalt wurde zu einem Mittel der Politik. Fast in jedem Jahr der Ersten Republik lagen tote Menschen auf den Straßen. Blutiger Höhepunkt waren die Ereignisse rund um den Brand des Justizpalastes 1927 in Wien, der die Reaktion auf ein Gerichtsurteil war: Im Zuge eines sozialdemokratischen Aufmarsches im burgenländischen Schattendorf wurden zwei

Teilnehmer getötet. Die Todesschützen wurden freigesprochen. 89 Tote und gut 1.000 Verletzte waren das Resultat des Protestes.

Politik fand damals also auch auf der Straße statt. Ökonomische Krisen, Währungsreform, Auslandskredite und schließlich die Weltwirtschaftskrise machten den Staat noch instabiler.

Die Zerstörung der Demokratie

Die Weltwirtschaftskrise verschärfte das politische Klima auch in weiten Teilen Europas. Das brachte in Deutschland und in Österreich den Nationalsozialisten enormen Zulauf. Die österreichischen Landtagswahlen von 1932 in Wien, Niederösterreich und Salzburg zeigten, dass bei einer Nationalratswahl die NSDAP mit großer Sicherheit ins Parlament eingezogen wäre.

Im österreichischen Parlament hatte die von den Christlichsozialen geführte Regierung eine einzige Stimme Mehrheit. Es war klar, dass sie Neuwahlen, die vor allem die Sozialdemokratie als die stärkste Fraktion forderte, nicht überstehen würde. Eine Abstimmungspanne am 4. März 1933 führte im Nationalrat dazu, dass alle drei Präsidenten ihr Amt zurücklegten. Für diesen Fall sah die Geschäftsordnung damals keinen Ausweg vor.

Engelbert Dollfuß nutzte seine Chance: Er sprach von der „Selbstausschaltung des Parlaments“. Ein erneutes Zusammentreten der Abgeordneten wurde mit dem Einsatz von exekutiver Gewalt verhindert. Der Verfassungsgerichtshof wurde lahmgelegt, der Bundespräsident dazu gebracht, Dollfuß gewähren zu lassen. Der Weg in die Diktatur war somit geebnet.

Der Republikanische Schutzbund und die KPÖ wurden verboten, ebenso die NSDAP. Dollfuß regierte fortan unter Berufung auf das „Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz“ aus dem Jahr 1917. Die Todesstrafe wurde wieder eingeführt, Zensur stand auf der Tagesordnung. Hausdurchsuchungen, vor allem in Arbeiterheimen, sollten die politischen Gegner entscheidend schwächen.

Das Ende der Demokratie

Die politische Linke sah ihre Möglichkeiten, eine Diktatur zu verhindern, schwinden. Viele Sozialdemokrat*innen schlossen sich der illegalen KPÖ an, von der man eine aktivere Rolle im Kampf gegen Dollfuß erwarten konnte. Die Sozialdemokratie zögerte – sie fürchtete die Zerschlagung der Gewerkschaften und die Zerstörung des Aufbauwerks im „Roten Wien“.

Im Mai 1933 wurde von Dollfuß die Vaterländische Front als Einheitspartei gegründet, dem faschistischen Vorbild folgend. Mehr oder minder freiwillig musste man beitreten, wollte man keine beruflichen Nachteile erleiden.

Die Hausdurchsuchungen in Arbeiterheimen gingen weiter, was den „Republikanischen Schutzbund“ schwächte. Ein offenes Agieren war seit dem Verbot unmöglich geworden. Am 12. Februar 1934 setzten sich Schutzbündler in der Linzer Parteizentrale gegen den Willen der Parteiführung in Wien zur Wehr, um eine Hausdurchsuchung zu verhindern. Der österreichische Bürgerkrieg hatte begonnen. Er war ein Kampf ohne Erfolgsaussichten für die Linke, aber doch der erste Versuch in Europa, dem Vormarsch der Faschisten auch mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten.

Die Regierung beschloss umgehend die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei und die Verhängung des Standrechts, das über die Dauer der Kämpfe in Kraft blieb. Dies kostete Hunderte Menschen das Leben.

Am 1. Mai 1934, symbolisch am internationalen Kampftag der Arbeiterbewegung, proklamierte die Regierung Dollfuß die neue Verfassung des autoritären Ständestaates.

Die kurze Existenz der Ständestaatdiktatur

Die Niederringung der Arbeiterbewegung war für Engelbert Dollfuß nur ein vermeintlicher Sieg. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums lauerte ein für ihn viel bedrohlicherer Gegner.

Vorerst aber ging es an die Errichtung des diktatorischen Staatswesens: Am 1. Mai 1934, dem Symboltag der Arbeiterbewegung, wurde eine neue Verfassung verabschiedet und der „Ständestaat“ etabliert: Dieser sah die Gliederung der Gesellschaft nach der vormodernen Ständeordnung vor. Anstelle von Parteienvielfalt gab es nun nur noch die „Vaterländische Front“. Das Recht ging nicht mehr vom Volk aus, sondern galt „Im Namen Gottes“. Das Konkordat zwischen Österreich und dem Vatikan wurde Verfassungsgesetz.

Drei Monate später putschten aber die Nationalsozialisten. Am 25. Juli drangen Mitglieder der SS, verkleidet als Bundesheersoldaten, in das Bundeskanzleramt ein. Engelbert Dollfuß wurde von zwei Schüssen tödlich getroffen. Gleichzeitig besetzten Putschisten den Rundfunk, die RAVAG. Sie verbreiteten die Falschmeldung, Dollfuß hätte die Amtsgeschäfte an Anton Rintelen – ehemals steirischer Landeshauptmann und Unterrichtsminister – übergeben. In den Bundesländern kam es zu Kämpfen, die in der Steiermark und Kärnten heftig waren. Nach der Niederschlagung des Putsches wurden 13 Putschisten hingerichtet. Viele Kämpfer flohen, teils über Jugoslawien, nach Deutschland. Dort bildeten sie den Kern der „Österreichischen Legion“.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten

Auf Dollfuß folgte Kurt Schuschnigg, der zuvor Justizminister war. Er versuchte, wenig erfolgreich, Österreich zum „besseren deutschen Staat“ zu formen. Außenpolitisch orientierte er sich an Italien. Als aber Mussolini nach seinem Überfall auf Äthiopien die Nähe zu Hitler

suchte, geriet Schuschnigg in die Defensive. Zugeständnisse an die Nationalsozialisten waren die Folge.

Am 12. Februar 1938 zitierte Hitler Schuschnigg auf den Berghof und zwang den österreichischen Kanzler, das „Berchtesgadener Abkommen“ zu unterzeichnen. Der Nationalsozialist Arthur Seyß-Inquart musste zum Innenminister ernannt werden. Das Angebot der Sozialdemokraten zur Zusammenarbeit lehnte Schuschnigg ab: Für den gemeinsamen Unabhängigkeitskampf sollte er die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratischen Partei wieder zulassen. Vielmehr kündigte Schuschnigg am 9. März 1938 eine Volksbefragung für den 13. März an: Die Bevölkerung sollte befragt werden, ob sie für „ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, ein christliches und einiges Österreich“ sei. Der Großteil der illegalen linken Opposition sah in Schuschnigg das geringere Übel, verglichen mit Hitler. Mit Flugblättern unterstützten sie den positiven Ausgang der Volksbefragung.

Diese Befragung sollte nicht mehr stattfinden. Am 12. März 1938 begann der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich. Österreich verschwand von der Landkarte.